

Der Erdgipfel von Rio

Weltkonferenz Umwelt und Entwicklung (UNCED)

1. Gipfel der Unverbindlichkeiten
2. "way of life" als ökologische Sackgasse
3. Grünhelme in die "Dritte Welt" ?

Sie sägten die Äste ab, auf denen sie saßen
Und schrien sich zu ihre Erfahrungen
Wie man schneller sägen konnte, und führen
Mit Krachen in die Tiefe, und die ihnen
Zusahen schüttelten die Köpfe beim Sägen
und sägten weiter

Bertolt Brecht



Zweifellos war es das größte Gipfeltreffen aller Zeiten. Die Vertreter von 176 Staaten - 35.000 Politiker, Beamte, Wissenschaftler, Journalisten, Umweltaktivisten und Entwicklungshelfer redeten viel beim Umweltgipfel in Rio de Janeiro (UNCED - United Nations Conference on Environment and Development/UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung). Doch das Sagen hatten schließlich die Industrieländer. Die G-77 (Gruppe der 77) als Sprachrohr von 128 Entwicklungsländern scheiterte mit ihren Forderungen nach Umweltschutz und Entwicklung stets am "No!" der G-7. Deren Veto verhinderte verbindliche Festlegungen beim Klimaschutz, Artenschutzabkommen, Schutz der Wälder und "Erdcharta" sowie bei der Entwicklungshilfe. Sobald wirtschaftliche oder finanzielle Interessen der "führenden Industrieländer" ins Spiel kamen, mauerten diese. So blieb es für die Erde und die "Dritte Welt" bei der alten Misere, weil die Erste Welt weitermachen will wie bisher. Der Erdgipfel samt Vorgipfeln kreierte zwar monate- und jahrelang, gebahr aber außer papierenen Resolutionen, frommen Wünschen und wohlfeilen Absichtserklärungen nur noch heiße Luft. Konkrete Fest- und Fortschreibungen der alten "Neuen Weltordnung" kommen dagegen beim anschließenden sog. Weltwirtschafts-Gipfel in München, im exklusiven Club der mächtigen "Sieben", der für neun Zehntel der Menschheit off limits ist.

1. Gipfel der Unverbindlichkeiten

Außer Spesen wirklich nichts gewesen? Verabschiedet wurden auf dem Erdgipfel die Rio-Deklaration mit 27 Grundsätzen, in denen der enge Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung in Sollbestimmungen herausgestellt wird.

Angenommen wurden ferner Konventionen zum Klima- und Artenschutz, eine Wald-Deklaration und das Programm Agenda 21.

Klimaschutz-Konvention:

Sie hat zum Ziel, die CO₂-Emission weltweit auf das Niveau von 1990 zurückzuführen. Notwendig wäre zur langfristigen "Gesundung" der Erdatmosphäre eine Halbierung des emittierten Klimagiftes Kohlendioxid und der sofortige Stopp der FCKW-Produktion in den Industrieländern. Aber selbst für das bescheidene Ziel einer Beschränkung des Treibhausgas-Ausstoßes auf das Niveau von 1990 fehlen Fristen und Sanktionen. Vor allem die USA haben sich dagegen gewehrt.

Artenschutz-Konvention:

"Ihr Ziel ist der weltweite Schutz der Tier- und Pflanzenarten sowie ihrer Lebensräume. Während die Industriestaaten das Schwergewicht auf den Schutz der Arten in ihren natürlichen Lebensräumen legten, strebten die Entwicklungsländer einen umfassenden Transfer von Technologien an" (SZ, 15.6.92). Die USA lehnten die Konvention u.a. mit dem Argument ab, daß die Erhaltung der Artenvielfalt zuviel kosten würde (vgl. SZ 5.6.92). Außerdem ging ihnen die vorgesehene Mitbestimmung der Entwicklungsländer bei der Verteilung der Finanzmittel zu weit. Der Leiter der US-Delegation und Chef der amerikanischen Umweltbehörde William Reilly machte auch aus dem entscheidenden Ablehnungsgrund keinen Hehl: Das Abkommen würde die biotechnische Industrie der USA behindern. Wie Brasiliens Ex-Umweltstaatssekretär Jose Lutzenberger in Rio erklärte, streben diese Konzerne danach, weltweit die genetische Verfassung der Tiere und Pflanzen unter ihre Kontrolle zu bringen und wirtschaftlich zu nutzen. Am Amazonas seien bereits Dutzende von Forscher-

teams der Biokonzerne dabei, die genetische Zusammensetzung von Pflanzen zu entschlüsseln, um die Ergebnisse dann später als Patente anzumelden. Mit dem Fehlen der Schrift der wichtigsten Gentechnologie-Nation ist der Wert des Abkommens gleich Null.
Wald-Deklaration:

Sie ist von vornherein unverbindlich und rettet konkret keinen einzigen Baum. Der Schwerpunkt liegt auf der Feststellung, daß die Wälder auf Dauer gemäß ökologischen Maßstäben bewirtschaftet, erhalten und geschützt werden sollen. Dies soll in einem Prozeß beobachtet werden, den das Dokument allerdings nicht näher bezeichnet.

Der tropische Regenwald ist unersetzlich

Die Pflanzenwelt im tropischen Regenwald bildet einen geschlossenen Nährstoffkreislauf. Der Tropenwald-Boden selbst ist arm an Nährstoffen. **Abholzung bedeutet deshalb Unfruchtbarkeit!**

Aufbau

einzelne bis zu 60 Meter hohe Bäume

zwei bis drei Schichten sehr dichter Bäume bis zu 35 Meter hoch

spärliche Kraut- und Strauchschicht

dichtes Wurzelgeflecht

Lebensrat

Tropische Regenwälder bedecken nur 7 % der Erdoberfläche, aber in ihnen leben 60 % aller Pflanzenarten, 80 % aller Insektenarten und 90 % aller Primatenarten.

Das bedeutet: Der Tropenwald ist die „Kinderstube des Lebens“.

Folgen der Vernichtung:

- Verstärkung des Treibhauseffektes durch freiwerdendes CO₂
- Vernichtung des größten Gen-Reservoirs der Welt
- Regionale Klimaveränderungen

Die Regeneration eines einmal vernichteten Tropenwaldes ist nie wieder möglich!

Agenda 21: ("Erdcharta")

Sie sollte zu einem Programm für ein umweltverträgliches Wirtschaftswachstum im 21. Jahrhundert werden. Umweltschutz wird hier nicht nur als Reparaturmaßnahme verstanden, sondern als umfassende Aufgabe angesehen, bei der es an den Ursachen anzusetzen gilt. In den 115 Programmen in dem rund 800 Seiten starken Dokument wird deshalb besonderes Gewicht auf die Armutsbekämpfung, Gesundheitsvorsorge und Bildungsförderung in der "Dritten Welt" gelegt. Eine Umsetzung aller Programme würde bis zum Jahr 2000 625 Milliarden Dollar kosten. Die Industriestaaten müßten 125 Milliarden aufbringen, was etwa 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts entspräche. Die Industrieländer waren zu dieser verbindlichen Zusage nicht bereit und sperrten sich zudem gegen die Forderung der Entwicklungsländer nach größerer Einflußnahme auf die Vergabe der Mittel. Ohne verbindliche Finanzzusage aber ist die Agenda 21 nichts wert, eine Totgeburt.

Beim Geld hört die Öko-Freundschaft auf

In Worten bekannte sich der Norden teilweise zu seiner Schuld an der Verschuldung des Südens und der Verarmung der Natur. Was seine Bereitschaft zum Schadensersatz nicht zu fördern vermochte. Im Gegenteil, er will weiter am ungleichen Nord-Süd-Verhältnis profitieren. Die 125 Milliarden Dollar - "diese Summe entspricht etwa dem, was der Westen insgesamt an Entwicklungshilfe ausgibt, plus dem, was die Entwicklungsländer an Zinsen zurückzahlen" - Es ist aber nur etwa die Hälfte dessen, was der Süden jährlich durch Brain-Drain, Verlust von Ressourcen und ungerechte Preise verliert, wie Anil Agarwal, Direktor des Zentrums für Wissenschaft und Umwelt in Delhi anmerkt" (Die Zeit, 3.4.92). Wie die UNO in ihrem "Bericht zur Lage der Menschheit" feststellt gehen den Entwicklungsländern jährlich 125 Milliarden Dollar durch die verschiedenen Handels- und Importbarrieren der Industrieländer verloren (vgl. FAZ, SZ jeweils vom 24.4.92).

Eine ökologische Wende sollte der Erdgipfel in Rio bringen. Doch die Industrieländer sind lediglich zu verbalen Zugeständnissen bereit, finanziell war ihnen die vielbesprochene "Rettung des blauen Planeten" nicht einmal ein Almosen wert. "Sobald wie möglich" sollen sie ihren Entwicklungshilfeanteil von derzeit rund 0,35 Prozent auf 0,7 Prozent erhöhen. Lautet die Kompromißformel für die zeitliche Zielerfüllung. Gleiches verlautete bereits auf dem ersten UNO-Umweltgipfel 1972 in Stockholm, wo die 0,7 Prozentmarke festgelegt

Doch nicht einmal bis zum Jahr 2000 ist den Reichen heute eine verbindliche Festlegung möglich. 0,7 Prozent vom Bruttosozialprodukt der Industrieländer für die Minderung der Armut und die Erhaltung des Ökosystems!? Das Zehnfache geben die USA für Militär und für neues Zerstörungspotential aus. Auch der Bundesrepublik, die sich in Rio als Öko-Musterknabe herauszuputzen versuchte, ist ihre schimmernde Wehr jährlich fünfmal soviel wert wie die Entwicklungshilfe (6,5 Mrd. Dollar). Über eine Billion Dollar betragen nach wie vor die Weltrüstungsausgaben - mit weniger als eineinhalb Jahresraten könnte man die gesamte "Dritte Welt" entschulden. 90 Prozent der Rüstungsausgaben entfallen auf die Industrieländer. Doch statt der versprochenen "Friedensdividende" z. B. in Form des Transfers umweltschonender Technologien in die Entwicklungsländer, liefern sie dorthin lieber hochwirksame Destruktivkräfte. Nach dem Ende der System-Konkurrenz sind die USA zum mit Abstand größten Waffenexporteur aufgestiegen.

So wird es vorerst wohl dabei bleiben, was die damalige indische Premierministerin Indira Gandhi vor zwanzig Jahren auf dem ersten Umweltgipfel in Stockholm prophezeite: "Armut und Not sind die größten Umweltverschmutzer, die giftigsten Substanzen der Erde".

Die Reichen sind die Last der Erde

	Deutschland* 1990: 60,5 Mio Einwohner 2028: 54,0 Mio	Schweiz 1990: 6,5 Mio Einwohner 2028: 6,1 Mio	USA 1990: 249,2 Mio Einwohner 2028: 300,8 Mio	China 1990: 1135,5 Mio Einwohner 2028: 1492,6 Mio	ehem. UdSSR 1990: 286,0 Mio Einwohner 2028: 351,5 Mio	Indien 1990: 653,4 Mio Einwohner 2028: 1446,6 Mio	Äthiopien 1990: 46,7 Mio Einwohner 2028: 112,3 Mio	Kenia 1990: 25,1 Mio Einwohner 2028: 77,6 Mio
Kinder Ein Symbol entspricht einem Kind pro Frau								
Lebenserwartung Ein Symbol entspricht zehn Lebensjahren								
Bruttosozialprodukt Ein Symbol entspricht 500 US-Dollar Bruttosozialprodukt pro Jahr und Einwohner								
Energieverbrauch Ein Symbol entspricht dem Verbrauch von 150 Kilogramm Öl pro Jahr und Einwohner								
Autos Ein Symbol entspricht einem Automobil je 100 Einwohner								
Wasserverbrauch Ein Symbol entspricht dem Verbrauch von 25 Kubikmeter Wasser pro Jahr und Einwohner (ohne Landwirtschaft)								
Klimaveränderung Ein Symbol entspricht dem zusätzlichen Treibhauseffekt von einer Tonne Kohlendioxid pro Jahr und Einwohner								
Militärausgaben Ein Symbol entspricht 40 US-Dollar pro Jahr und Einwohner								
Ärzte Ein Symbol entspricht einem Arzt je 3000 Einwohner								

* ehemalige Bundesrepublik. Quellen: Weltbank, United Nations, World Resources Institute

GEO-Graphik / ZEIT-Graphik

2. "Way of Life" als Sackgasse.

Pakistans Umweltminister Anwar Saifullah Khan als Sprecher der G-77-Staaten nannte bereits zum Auftakt des Umweltgipfels die Gründe für ein Scheitern der Konferenz: Die Bewohner der reichen Nationen des Nordens wollen ihren "verschwenderischen Lebensstil" nicht ändern. Noch deutlicher wurde der cubanische Staatspräsident Fidel Castro in seiner Rede auf dem Umweltgipfel und erhielt dafür mit Abstand den lebhaftesten Applaus: "Man sollte darauf hinweisen, daß die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortung für diese gräßliche Zerstörung der Umwelt tragen. ... Eine bessere Verteilung von Wohlstand und Technologie wäre nötig, um der Menschheit eine solche Zerstörung zu ersparen. ... Es sollte vermieden werden, Lebensstile und Konsumverhalten, die die Umwelt ruinieren, auf die Dritte Welt zu übertragen. ... Die ökologischen Schulden sollten bezahlt werden, nicht die Auslandsschulden. Der Hunger sollte abgeschafft werden, nicht der Mensch." (SZ, 15.6.92). "Die da oben" im Norden - ein Fünftel der Menschheit - reklamieren für ihren "way of life" vier Fünftel der Schätze dieser Erde (z.B. drei Viertel der gesamten Energie, 76 Prozent des Erdöls, 79 Prozent der fossilen Brennstoffe, 85 Prozent der weltweiten Holz- und 72 Prozent

der Welt-Stahlproduktion). Würden "die da unten" den gleichen Lebensstandard erreichen, wären die natürlichen Ressourcen binnen kurzem erschöpft. Nicht nur das. In Metropolen kann diesem Lebensstil nur gefrönt werden, indem der Rest der Welt zur Ladekammer der Exkremente der Verkonsumierung umfunktioniert wird. Die Meere als globaler Müllberg, die Atmosphäre als Abgasdeponie und die Erde zunehmend als Müllhalde. Allein die 1,2 Milliarden Chinesen genauso viel Treibhausgase pro Kopf in die Luft zu blasen wie jeder einzelne Amerikaner, hätte das eine Verdoppelung der globalen Klimabelastung zur Folge, die Klimakatastrophe wäre perfekt. In China teilen sich 1300 Menschen ein Pkw, in den USA sind es zwei. Die Folgen an Erdöl- und Ressourcenverbrauch und Luftverschmutzung bei gleicher Pkw-Dichte - nicht auszudenken. Nicht die Kinder der Entwicklungsländer haben die Erde überbevölkert. Von der Spezies der westlichen Konsum- und Wohlstandsbürger kann der Globus nicht noch mehr verkraften.

Es ist aber nicht nur der inzwischen auch hierzulande häufig angeprangerte "Konsum", an dem zudem bestenfalls zwei Drittel der Industriegesellschaft partizipieren. Es ist gerade der "Warenfetischismus", der Charakter der kapitalistischen Warenproduktion, der die Welt immer mehr dem ökologischen Abgrund zusteuert.

Die Jagd nach Konkurrenz- und Profitvorteilen treibt das multinationale Kapital zum "Global Sourcing", zur Aneignung und Ausbeutung der Ressourcen und Ware Arbeit zu Billigpreisen rund um die Erde. "Der Zusammenhang von Umweltverwüstung und Globalisierung ist deutlicher geworden", schreibt die Süddeutsche Zeitung. "Die wirtschaftlichen Mechanismen des Welthandels ermöglichen heute eine subtile Ausbeutung der ehemaligen Kolonialgebiete im Wechselspiel von internationalen Konzernen und einheimischen Mächten" (SZ, 21.5.92). 500 multinationale Unternehmen beherrschen nach Untersuchungen der OECD 70 Prozent des Welthandels. Auf ihr Konto kommen über 60 Prozent der Auslandsinvestitionen. Im Zusammenspiel mit den Banken und IWF/Weltbank, mit Zinsschraube und Zinsbindung zwingen sie die "Dritte Welt"-Länder zum Export und Ausverkauf ihrer Ressourcen um beinahe jeden Preis.

Die ökologischen Folgen dieses Raubbaus sind verheerend, bei der Regenwaldvernichtung am sichtbarsten. Holzeinschlag zur Devisenbeschaffung und Schuldentilgung. Malaysia erwirtschaftet 13 Prozent seines Sozialprodukts durch den Export von Tropenholz. Hauptabnehmer: Japan. Anlage von Viehfarmen und Plantagenwirtschaften zur Zulieferung an Nahrungsmittelkonzerne. Jose Lutzenberger: "Das Schlimmste sind heute die Viehfarmen. Sie werden alle vom brasilianischen Staat subventioniert, und ohne diese Subventionen würde niemand auf die Idee kommen, hunderte Hektar im Regenwald für die Weidewirtschaft zu roden" (Die Zeit, 10.11.89). Oder industrielle Großprojekte kreditiert von der Weltbank. Lutzenberger: "Der große Damm am Tucurni hat uns 6,5 Milliarden zusätzliche Auslandsverschuldung gekostet. Es wurden 2000 Quadratkilometer intakter Regenwald überflutet und dabei zwei Indianerstämme ausgerottet. Und was geschieht jetzt mit dem Strom? Der wird an drei große multinationale Aluminiumhütten geliefert und zu dreißig Prozent der Herstellungskosten." Weiterhin Brandrodungen durch den Wiederaufbau von Kleinbauern, die von ihren Böden von Großgrund- oder Plantagenbesitzern enteignet wurden oder von vornherein keinen hatten (Fehlen einer Agrar- und Bodenreform). Zunehmend gerät der Tropenwald in die Krallen der Chemie- und Gentechnologiekonzerne. Costa Rica hat im September letzten Jahres dem amerikanischen Pharmakonzern & Co. die Exklusivrechte für die Suche nach heimischen Heilpflanzen verkauft. Die Vielfalt in den tropischen Regenwäldern soll mit Hilfe des Patentrechts - patentierte Privateigentum der einschlägigen Konzerne werden (sog. Genbanken).

Doch nicht nur im "global sourcing" wird die Natur geschädigt. Im Produktionsprozess werden die Ressourcen weitgehend so eingesetzt, als wären sie unbegrenzt vorhanden. Kosten der Umweltzerstörung, etwa bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, sind im "Marktpreis" ebensowenig enthalten, wie künftige Knappheit oder Kosten für die Entwicklung von Alternativ-Ressourcen. Generell ist der Markt blind für die Zukunftskosten des Konkurrenzkampfes wiederum drängt zu einer Externalisierung der Kosten, d.h. die Fixkosten werden zunehmend der Gesellschaft, der Dritten Welt, Ökologie und künftigen Generationen aufgelastet. Multinationale Konzerne haben zudem durch die Möglichkeit, sich von Vorschriften oder Auflagen, z.B. im Umweltschutz, durch Verlagerung der Produktion zu unterlaufen.

Luft und Wasser gelten als "freie Güter", die unbegrenzt und weitgehend kostenlos genutzt werden können. So maßten sich die USA das Recht an kosten- und gebührenfrei durch jährlich fast 5 Millionen Tonnen Klimagift CO₂ auf's Haupt zu pusten und waren auch nicht zu einer bindenden Klimakonvention bereit. Ihre Wirtschaft und ihr "American way of life" basiert darauf, Energie und vor allem Erdöl/Benzin zu Billigpreisen zu bekommen. Pro erwirtschafteten Dollar ist der Energieverbrauch der USA doppelt so hoch wie in Japan. Eine Verteuerung der Energie und CO₂-Auflagen würde nicht nur die Wettbewerbsposition der gesamten US-Industrie gegenüber dem Präsidenten Bush, der seine Millionen im texanischen Ölgeschäft gemacht hat, gefährden, es da nicht an Einfühlungsvermögen. Doch die EG steht hier nicht viel besser da. Sie hat sich bislang vor einer "Energiesteuer", weil sie von einer Verteuerung des Barrel Öl erhebliche Wettbewerbsnachteile befürchtet.

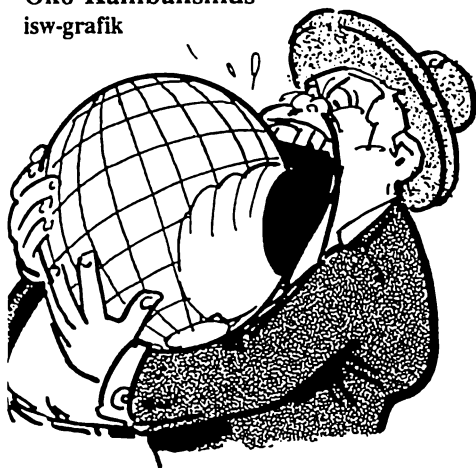


Global Sourcing
isw-grafik

**"Erst wenn
der letzte Baum gerodet,
der letzte Fluß vergiftet,
der letzte Fisch gefangen,
werdet Ihr feststellen,
daß man Geld
nicht essen kann!"**

(Weissagung der Cree)

Öko-Kanibalismus isw-grafik



Kommt hinzu, daß auch die Ergebnisse der Produktion, die Konsumgüter in ihrer Anwendung meist Energie verbrauchen, ökologische Folgewirkungen haben. Es sind zunehmend "Waren, die man eigentlich nicht braucht und die man nicht loswird, wenn man sie wegwerfen will". Wachsende Halden von "Sondermüll", Kunststoffen und Elektronikschrott bestätigen heute die Aussage Indira Gandhis, vor zwanzig Jahren auf dem Umweltgipfel in Stockholm. Modellpolitik, Chip-Einsatz und Technologiewettlauf der Konzerne verkürzen zudem immer mehr die Lebenszyklen der hergestellten Waren. Selbst das technologiebesessene japanische Industrieministerium MITI (vgl. SZ, 12.2.92) hat die einheimischen Hersteller von elektronischen Geräten "dringend aufgefordert" die Produktzyklen zu verlängern, um der "Verschwendung natürlicher und menschlicher Ressourcen" Einhalt zu gebieten. Derzeit erfolgt der Modellwechsel bei Konsumgütern immer hektischer, lassen allein die "kosmetischen Verwandlungskünste" (MITI) hochwertige Konsumgüter immer schneller zu Schrott und Müll werden. Der "Appell zur Vernunft" des MITI ist in den Wind gesprochen, er verhält schnell im Sturm des Profit-, Konkurrenz- und Vernichtungskampfes. Der globale Krieg der Konzerne kommt die Welt zu teuer. Wer zählt die Opfer an Menschen und Natur in der Schlacht um den Weltmarkt? Nach dem Scheitern des "realen Sozialismus" gerät auch die kapitalistische Produktionsweise zunehmend in die Sackgasse. Schreibt "Die Zeit": "Der gnadenlose Technologie-Wettkampf zwischen den Industriemultis aus den Vereinigten Staaten, Europa und dem Fernen Osten geht in die letzte Runde. Am Ende werden wenige Giganten übrigbleiben und den Weltmarkt beherrschen. Auf dem Weg dahin testen die angeschlagenen Konzerne noch die Grenzen der Belastbarkeit der Staatskassen, aber auch der Umwelt" (20.3.92).

Ein Umdenken oder gar Umsteuern ist nach Rio nicht in Sicht. Die USA bekanteten sich knallhart zur Produktions- und Verwertungslogik des Kapitals und machten sich so zum Buhmann der Konferenz. "Business as usual" hieß ihre Devise, Wachstum ihr Credo - damit die Jobs nicht noch schneller schrumpfen. Wachstum von Produktion, Profiten und (Umwelt-)Problemen. Wie gehabt in den 80er Jahren, der Periode mit der längsten Wachstumsphase der Industrieländer, doch ein "verlorenes Jahrzehnt" für die "Dritte Welt" und die Umwelt. Durch Wachstum will Bush auch die Umweltprobleme abbauen. Bestenfalls bleibt etwas Geld für ökologische Kosmetik, Reparaturen und Recycling. Schätzungen und Berechnungen kommen zu dem Ergebnis, daß mehr als die Hälfte des Sozialprodukts als "wohlstandsfragwürdig" (Alois Steiger, Sozialprodukt und Wohlfahrt) einzustufen ist, daß die jährlichen "Reparaturkosten des Sozialprodukts schon jetzt höher sind als die realen Wachstumsraten" (vgl. SZ, 9/10.6.92). Der Wild-Wuchs an Gütern und Dienstleistungen in den Metropolen power die Erde zunehmend aus.

Der demonstrative Öko-Kannibalismus der USA ersparte den restlichen Industrieländer das Prangerstehen. Dabei steht die EG den USA in Sachen Energie- und Klimafrevel kaum nach. So emittiert sie sechsmal soviel Klimagift CO₂ wie ganz Afrika. Eine Energiesteuer sei noch nicht beschlußreif. Beschlossen aber wurde zeitgleich mit dem Gipfel der Bau von 10.000 Km neuer Autobahnen bis zum Jahr 2000. Gefangen in der Kapitallogik will man der EG-Industrie mit einem "Alleingang" in Sachen CO₂-Reduzierung keine Wettbewerbsnachteile zumuten. EG-Kommissarin Christine Scrivener: "Wir können nicht Europas Unternehmen benachteiligen" (SZ, 14.5.92). Auf Druck der Konzerne wird mit Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes der Umweltschutz ohnehin auf den kleinsten gemeinsamen Nenner "harmonisiert".

Und Deutschland, das sich in Rio als Öko-Musterknabe gerierte, kann sich zuhause aus lauter Kotau vor der Autolobby nicht einmal zu Tempo 130 durchringen. Dafür strahlte der Öko-Stern von Daimler Benz in Rio umso heller im "Wettbewerb der Taten" (Pressesprecher Kleinert). Eine Million Dollar für ein Mini-Amazonas-Projekt, für die Mercedes-Autowerbung steht das hundertfache zur Verfügung, von den Milliarden zum Styling neuer Typen gar nicht zu reden. Doch das Projekt brachte viel Publicity und trug zum greenwashing des rüstungsbefleckten Corporate Image bei.

Ansonsten hört man der deutschen Wirtschaft förmlich den halben Zuckerhut vom Herzen fallen, wenn man die Schlagzeile in der SZ (17/18. 6. 92) liest: "Deutsche Industrie nach Rio erleichtert". Man hatte konkretere Festlegungen in Sachen Umweltschutz befürchtet.

"Ökobusiness is Big Business"

"Die USA haben durch ihren unökologischen Lebensstil die kulturelle Führungsrolle in der Welt verloren". Diese Schlußfolgerung zog der deutsche Umweltforscher Ernst Ulrich von Weizsäcker aus der weitgehenden Isolation der USA auf Umweltkonferenz (SZ 11.6.92). So gesehen war der Umwelt-Hickhack auch ein Teil des imperialistischen Rivalitätskampfes der führenden Industrieländer um die politisch-moralische Hegemonie in der Welt. Hier haben die regionalen Führungsmächte Japan und noch mehr Deutschland, nachdem sie im Golfkrieg von der Weltmacht USA ins zweite Glied gestellt wurden, wieder an Boden gewonnen. Es ist ein Schritt zu der von Kohl angestrebten gleichberechtigten Führung ("leaders in partnership") bei der Weltherrschaft. Nimmt man die innerimperialistische Konkurrenz im Rahmen der G-7-Treffen ("Weltwirtschaftsgipfel"), GATT und NATO/WEU hinzu, dann zeichnet sich hier der Übergang von der unipolaren zu einer tripolaren Welt ab.

Aus seiner Profilierung als Öko-Weltmacht versucht Deutschland aber nicht nur politisches Kapital zu schlagen. Gerade für die Exportmächte Deutschland und Japan ist dieses Gelingen bereits Kampf um Marktanteile einer Wachstumsbranche der Zukunft. "Ökobusiness Big Business" lautet das Ergebnis einer in Rio vorgestellten Studie der "International Finance Corporation" (IFC), einer zur Weltbank gehörenden Finanzorganisation. Danach wird der weltweite Umsatz an Öko-Technologien, Naturprodukten und Dienstleistungen im Weltbereich in den nächsten acht Jahren von jetzt 300 Milliarden auf 600 Milliarden Dollar anwachsen (vgl. taz, 15.6.92). Die ICF-Studie sieht die Geschäftsperspektiven wenigstens dem in Rio vielzitierten "sustainable development" (umweltverträgliche Entwicklung; Wirtschaftswachstum ohne Raubbau an Ressourcen), denn in einem weltweiten Recycling, abweichend sondern wachsende Müllhalden sollen die Profiterwartungen steigern. "Je mehr Müll in den Entwicklungsländern zunimmt und die öffentliche Verwaltung überfordert, desto mehr Möglichkeiten eröffnen sich dem Privatsektor", prophezeit die ICF-Studie (15.6.92). Insgesamt wird nach Ansicht des ICF der öffentliche Druck zunehmen "und ihm auch die Bereitschaft, für die zusätzlichen Kosten des Umweltschutzes aufzukommen".

3. Grünhelme in die Dritte Welt?

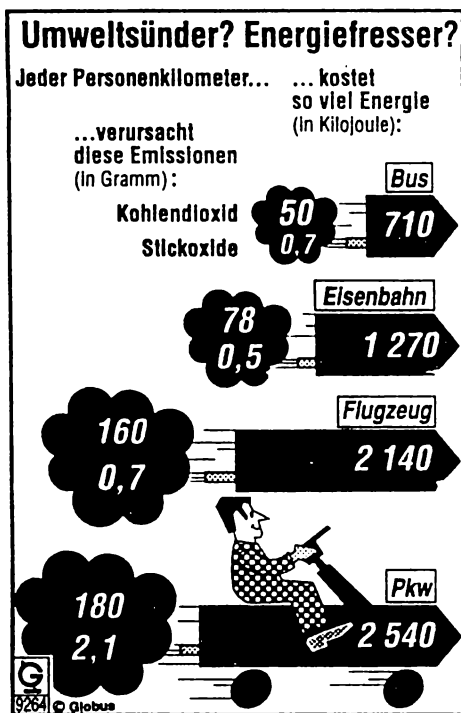
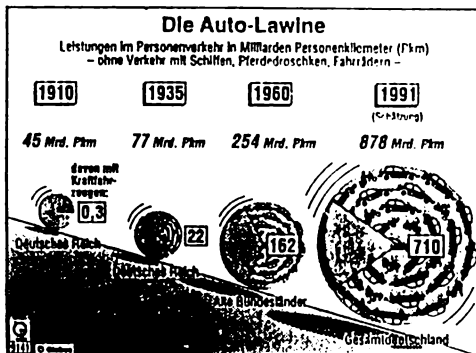
Der "Erdgipfel" leitete keine ökologische Wende ein. Eine Änderung der Produktionsweise ist genausowenig in Sicht, wie ein life style change in den Metropolen. Eine Woche in Rio ist das Thema bereits wieder total aus den Medien. Als längerfristige Perspektive zeichnet sich ab: Die Industrieländer werden bestenfalls ressourcen- und energieeffizienter produzieren und einen größeren Anteil der Konsumgüter recyceln. "Ich bin Energiebesparter, konnte man in der Vergangenheit auch auf manch dicken Mercedes lesen. Doch was der reduzierte Benzinverbrauch pro 100 Kilometer, wenn die Dichte an aufwendigeren Autos zunimmt, mit denen größere Strecken in höherem Tempo gefahren wird.

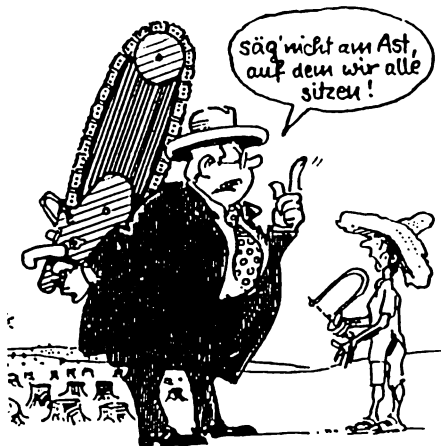
Notwendig wäre das Beschreiten eines alternativen Technologie- und Evolutionspfades der Wirtschaft, wie dies z.B. Ökoinstitute und Die Grünen in ihren Umbauprogrammen vorgeschlagen haben: z.B. Energieeinsparung statt zunehmendes Verheizen fossiler Energieträger, regenerative Energiequellen statt Atomenergie, Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt des Individual- und Flugverkehrs, Müllvermeidung statt Recycling und Müllverbrennung, usw., usw. Doch solche Weichenstellungen erfordern offenbar eine grundlegende Änderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse, wenn man bedenkt, dass der gegenwärtigen politischen und marktwirtschaftlichen Konstellation nicht einmal durchzusetzen sind, die etwas genauer die ökologische Wahrheit zum Ausdruck bringen wird sich in Wechselwirkung die globale ökologische Krise und soziale Lage der "Dritten Welt" verschärfen. Der Norden aber wird sein "Lösungs"-Modell mehr oder weniger gesamt durchsetzen, das im Prinzip darauf hinausläuft, die Armen auf Steinzeit-Niveau zu halten, damit die Reichen mit der Erde noch einige Generationen lang Schindluder treiben können.

EG-Kommissar Peter Schmidhuber formulierte diese "Entwicklungs"-Logik in brutaler Offenheit: "Es ist also, hart ausgesprochen, aus westlicher Sicht gar nicht wünschenswert, tolerierbar(!), daß die Menschen in der Dritten Welt einen vergleichbaren Lebensstandard erringen" (SZ, 2.11.91). Im Klartext: Die "Dritte Welt" hat ihre Ressourcen an die Industrieländer abzuliefern, damit dort Produktion und Konsum in ihrer gegenwärtigen Form weitergeführt werden können. Zunehmend trifft das auch auf die ehemalige Zweite Welt zu. Spiegel (18.5.92): "Wie im Rausch stürzen sich Konzerne und Spekulanten auf die nicht ausgebeuteten Bodenschätze des zusammengebrochenen Sowjetimperiums. 100 Millionen Barrel Öl will der US-Multi Chevron demnächst aus den Böden der kasachischen Steppe pumpen. Südkoreanische und japanische Firmen sichern sich die Rechte auf große Kahlschläge in den sibirischen Wäldern, die für das Weltklima ähnlich wichtig sind wie die schon großflächig zerstörten Regenwälder in den Tropen".

Umgekehrt müssen Süden und Osten ungehindert als Auffang-Raum bei der Vernichtung von Ressourcen und Produkten zur Verfügung stehen: Volles Rohr an Abgasen, Abwasser, Abwässern aus Auspuffen, Schornsteinen und Abflüssen. Weltbank-Vize und Chefökonom Lawrence Summers dachte diese Logik nur zynisch zu Ende, wenn er sich für den müll-Export in die "Dritte Welt" aussprach: "Ich war schon immer der Meinung, daß bevölkerte Länder in Afrika deutlich UNTER-verschmutzt sind. Ihre Luftverschmutzung verglichen mit Los Angeles oder Mexico City ineffektiv gering. ... Die Kosten gesundheitlicher Verschmutzung bemessen sich nach den entgangenen Einnahmen durch Krankheit und Sterblichkeit. Sogesehen sollte Verschmutzung in dem Land mit den geringsten Kosten stattfinden. ... Die ökonomische Logik, eine Ladung Giftmüll in dem Land mit den geringsten Löhnen loszuwerden, ist untadelig. ... Nur die bedauerliche Tatsache, daß soviel Verschmutzung nicht verschiebbar ist ... verhindern einen Handel mit Luftverschmutzung und Müll, der dem Wohlstand der Welt zugute käme ..." (zit. nach Greenpeace Nr. 1/92, S.27). Fehlt nur noch als Argument, daß dieser Export auch den "Müllmenschen" der Elendsvierteln von Rio, Mexico City und anderen lateinamerikanischen Ballungsräumen zugute komme.

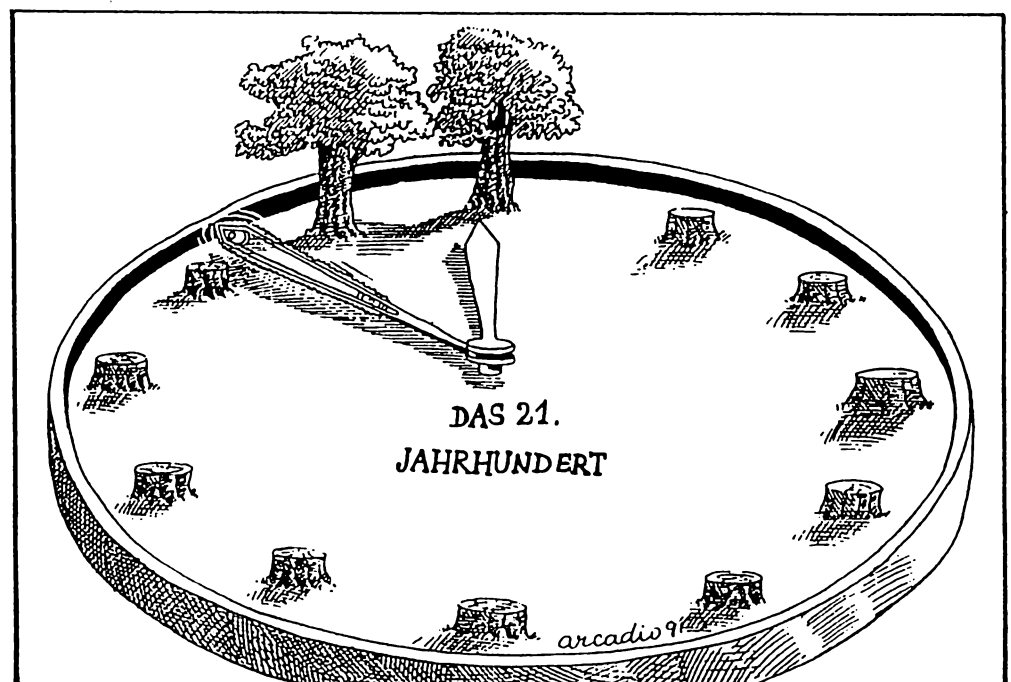
In marktwirtschaftlich kapitalistischer Manier wird möglicherweise demnächst mit ziger Luft gehandelt. Sehr häufig wurde in Rio der Vorschlag nach internationaler





isw-grafik

ren Luftverschmutzungs-Zertifikaten in die Diskussion eingebracht. Danach soll für den weltweiten Ausstoß an Kohlendioxid eine Obergrenze festgelegt werden und jedes Land je nach Bevölkerungszahl und Wirtschaftspotential eine Quote zugewiesen bekommen, nach der es ein bestimmtes Quantum CO₂ emittieren darf (vgl. dazu auch Charles Pauli, Der Gipfel, diese Weltwirtschaft? - isw-report Nr.11, S.15). Ein Land das sein Kontingent nicht ausnutzt, kann die übrigbleibenden Zertifikate an den Meistbietenden verkaufen. In der Regel werden das die luftverschmutzenden aber reichen Metropolen und mächtige Finanzgruppen sein. Kein Wunder, daß sich gerade Industriekonzerne für diese "marktwirtschaftliche Lösung" erwärmen, darunter auch der Unternehmerverband (Business Council for sustainable development) um den Schweizer Großindustriellen und Öko-Vorzeige-Kapitalisten Schmidheiny, dem u.a. IBM, Ciba-Geigy, Mitsubishi und VW angehören. Die Konsequenz dieses Vorschlages aber wäre fatal. Die Entwicklungsländer wären aufgrund ihrer Überschuldung faktisch gezwungen, ihre Restbestände an Frischluft schlußzuverkaufen - in gegenseitiger Angebotskonkurrenz noch dazu zu Billigpreisen. Damit die Industrieländer für ihren konsumbesessenen Lebensstandard noch mehr CO₂ emittieren können, während es für die Entwicklungsländer noch teurer würde, einen Überlebens-Standard zu erreichen. Denn für den zusätzlichen Energieverbrauch bei einer wirtschaftlichen Entwicklung müßten sie sich CO₂-Zertifikate hinzukaufen, z.B. wenn China seine reichen Kohlevorkommen in eigenen Kraftwerken nutzen will. Genau dieser Effekt, die Dritte Welt an der Nutzung ihrer Ressourcen zu hindern soll erreicht werden. Dem Süden sollen auch im Umweltbereich zunehmend Fesseln angelegt, er soll er unter die ökologische Vormundschaft des Nordens gestellt werden. So wehrten sich die G-7-Länder mit Händen und Füßen, daß ein globaler "Grüner Fonds" installiert wird, der von der Weltbank unabhängig ist. Sie setzten durch daß die bei der Weltbank installierte GEF (Global Environment Facility/Globale Umwelteinrichtung) die Aufsicht über den Welt-Ökofonds erhält, womit die Weltbank-Großaktionäre G-7 bestimmen, welche Projekte mit welchen Auflagen gefördert werden. Da bedarf es gar nicht mehr der Aufforderung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, "die reichen Nationen sollten sich zu einem Kartell zusammenschließen, um geschlossen aufzutreten und die Zahlungen zu koordinieren" (WiWo, 22.5.92). Ausgerechnet diejenigen, die durch einen beispiellosen Raubbau an der Natur im Norden und im Süden schnell und billig zu Reichtum gekommen sind, wollen nun den Armen noch mehr Enthaltsamkeit auferlegen. Nachdem der Norden seine Wälder rücksichtslos abholzte bzw. hundertprozentig nutzt und vernutzt, erklärt er nun die Regenwälder zum "gemeinsamen Erbe der Menschheit" und will sie unter seine umwelpolizeiliche Aufsicht stellen. Bis zum Einsatz von "Grünhelmen" zum Schutz des Regenwaldes ist es da nicht mehr weit. Ideologisch wird dieser Einsatz bereits vorbereitet. Reaktionäre "Naturschützer" sorgen da mit für die rechte Massenstimmung. In der Frage der Regenwälder dürfe die "nationale Unabhängigkeit" der armen Länder "keine heilige Kuh" mehr sein, schreibt das deutsche Magazin "Natur". Denn die globalen Umweltgefahren seien "weit bedrohlicher als der Einmarsch Saddam Husseins in Kuwait". Fehlt eigentlich nur noch ein von den G-7-Ländern beherrschter Umwelt-Sicherheitsrat, der eine entsprechende Neue Um-Weltordnung durchsetzt.



Zeichnung: Arcadio, La Nación (Costa Rica), C&W Syndicate